

Bremerhaven, 02.09.2023

Antrag - Nr. StVV - AT 22/2023 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.09.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Neue Wege bei der Bürger:innenbeteiligung gehen – einen gelosten Bürgerrat zum Thema Biotonne einrichten (SPD, CDU, FDP)

Als Koalition sind wir der Überzeugung, dass die repräsentative Demokratie durch neue Instrumente der Beteiligung der Bürger:innen gestärkt werden kann.

Um die Teilhabe und Mitbestimmung der Bürger:innen zwischen den Wahlen zu stärken, soll das Instrument eines Bürger:innenrates in Bremerhaven eingeführt werden. Dieser Rat besteht aus zufällig ausgelosten Bürger:innen, die sich verpflichten, einen Sachverhalt mit örtlichem Bezug öffentlich ausdiskutieren.

Das Ziel des Bürger:innenrates ist es, eine informierte und breit gefächerte Meinungsbildung zu ermöglichen. In dieser Wahlperiode soll ein Thema im Fokus stehen, das durch den Bürger:innenrat begleitet werden soll - die Einführung einer braunen Tonne für die Sammlung von Bioabfällen.

Die Einrichtung des Bürger:innenrates dient als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie und ermöglicht es den Bürger:innen, aktiv an politischen Entscheidungen mitzuwirken. Dadurch wollen wir die Transparenz und Partizipation in unserer Demokratie stärken.

Hintergrundinformationen:

Das Konzept eines Bürger:innenrates, bei dem repräsentative Bürger:innen durch Zufallsauswahl ausgewählt werden, um in politische Fragestellungen einbezogen zu werden, hat seinen Ursprung bereits im fünften Jahrhundert vor Christus und wird in verschiedenen Ländern erfolgreich angewendet. Beispiele wie die "Irish Citizens' Assembly" in Irland, "Conventions Citoyennes pour le Climat" in Frankreich oder das belgische Modell "G1000" verdeutlichen, wie wirksam geloste Bürgerforen sein können, um vielfältige gesellschaftliche Meinungen zu politischen Angelegenheiten zu berücksichtigen. Auch auf Ebene von Bundesländern und deutschen Kommunen gewinnt dieses Instrument zunehmend an Bedeutung. In Baden-Württemberg werden dialogbasierte Bürgerbeteiligungen in Form von zufällig ausgewählten Bürgerforen auf verschiedenen Ebenen umgesetzt. Ebenso setzt Rheinland-Pfalz verschiedene deliberative Ansätze ein, um einen Ort für gelebte Demokratie zu schaffen.

Die vorgeschlagene Bürger:innenbeteiligung in Bremerhaven ermöglicht es, spezifische Themen intensiv zu diskutieren und Empfehlungen zu erarbeiten, bevor Entscheidungen getroffen werden. Die zufällig ausgelosten Teilnehmer:innen bringen unterschiedliche Perspektiven

und Erfahrungen ein, was zu einer vielfältigen Meinungsbildung führt. Dies fördert die Transparenz und Akzeptanz politischer Entscheidungen.

Es ist wichtig, die Struktur und das Verfahren des Bürger:innenrates in Bremerhaven sorgfältig zu evaluieren, um die praktische Umsetzbarkeit und die Beteiligungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Eine erfolgreiche Implementierung könnte als Modell für weitere Bürgerbeteiligungsformate dienen und die demokratische Kultur vor Ort weiter stärken.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einführung eines Bürger:innenrates als Instrument zur qualifizierten Bürger:innenbeteiligung. Dieser Rat setzt sich aus zufällig ausgelosten Bürger:innen zusammen.
2. Der Bürger:innenrat soll aus 36 gelosten Personen bestehen (0,3 Promille der Bevölkerung) und wird das Thema der Einführung einer braunen Tonne für die Sammlung von Bioabfällen begleiten.
3. Zur engen Anbindung des Bürger:innenrates an die Stadtverordnetenversammlung wird das Büro der Stadtverordnetenversammlung beauftragt, die Organisation und Umsetzung des Bürger:innenrates in enger Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren zu planen und zu koordinieren. Hierbei sollen klare Richtlinien für die Auswahl der zufällig ausgelosten Teilnehmer:innen, der Zeitplan der Sitzungen sowie die Informationsverbreitung und Transparenz des Prozesses festgelegt werden.
4. Das Büro der Stadtverordnetenversammlung berichtet der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung über den Fortschritt und die Ergebnisse des Bürger:innenrates.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

Sönke Allers
SPD-Fraktion

Thorsten Raschen
CDU-Fraktion

Prof. Dr. Hauke Hilz
FDP-Fraktion